

1 Europa im Wandel – Zeit zu handeln!

2 Frieden sichern, Chancen nutzen, Zukunft fair gestalten

3

4 Es sind stürmische Zeiten für Europa. Nationalisten und Populisten kämpfen darum, die
5 europäische Einigung weichzuspülen oder abzuwickeln. Dem stellen wir uns mit aller Kraft
6 entgegen. Wir sind überzeugt: Die Europäische Union wird aus dem aktuellen Sturm stärker
7 hervorgehen als je zuvor. Dafür kämpfen wir.

8 Le Nationalisme, c'est la guerre – Nationalismus bedeutet Krieg! Dieser berühmte Ausspruch des
9 ehemaligen französischen Staatspräsidenten Francois Mitterand gilt nach wie vor. Die
10 Gründungsväter und -mütter Europas hatten unmittelbar vor Augen, was Nationalismus und
11 Faschismus anrichtet: Tod, Leid, Hass und Zerstörung waren in den Köpfen und im täglichen
12 Leben der Menschen wenige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg noch allgegenwärtig. Es
13 brauchte Mut und Weitsicht, um die akuten Probleme wie Hunger, den Wiederaufbau der
14 Infrastruktur oder die Kontrolle kriegswichtiger Güter gemeinsam anzugehen und so den
15 Grundstein für ein dauerhaft friedliches Europa zu legen.

16 Im Laufe der Jahre nahm die Zahl der Mitgliedstaaten genauso zu wie die gemeinsam
17 gemeisterten Herausforderungen. Von der Agrarpolitik über die Vergemeinschaftung von Kohle
18 und Stahl bis zu einem Binnenmarkt ohne Grenzen, mit gemeinsamen Standards von Lissabon
19 bis Riga, von Dublin bis Sofia ist die europäische Einigung eine große Erfolgsgeschichte. Krisen
20 waren dabei ein dauerhafter Begleiter. Doch aus jeder Krise ist Europa gestärkt hervorgegangen
21 und hat bewiesen, dass die Probleme von morgen nur gemeinsam auf europäischer Ebene gelöst
22 werden können. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass nationaler Egoismus und
23 politischer Kleinmut ins Verderben führen. Auch heute braucht es wieder Mut und Weitsicht.
24 Unsere Antwort auf viele Fragen unserer Zeit heißt Europa, das auch aus dieser Krise gestärkt
25 hervorgehen wird.

26 Damit dies gelingt, wird Europa sich jedoch wandeln müssen. Punktuelle Weiterentwicklungen
27 werden dabei neben echten Umbrüchen stehen. Wir wollen ein Europa, das das Leben der
28 Menschen besser macht. „Mehr Europa“ ist dabei für uns weder Selbstzweck noch als Ziel allein
29 erstrebenswert. Wir wollen ein demokratisches, soziales, den Bürger- und Menschenrechten
30 verpflichtetes Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt, Globalisierung und
31 Digitalisierung gestaltet, Frieden und nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt stellt und
32 Menschen vor Profite setzt. Wir wollen ein Europa, das den brandgefährlichen Verrücktheiten
33 aktueller Weltpolitik entschieden entgegentritt und dessen Antwort auf „America first“ „Europe
34 united“ lautet. Kurzum: Wir wollen mehr Europa, wir wollen ein besseres Europa, wir wollen
35 ein sozialdemokratischeres Europa.

36 **Für ein soziales Europa**

37 Die Europäische Union hat an Strahlkraft eingebüßt. Ein Grund dafür liegt sicherlich in dem nur
38 teilweise eingelösten Wohlstandsversprechen. Europa hat sich zu lange auf die Schaffung eines
39 möglichst großen Binnenmarktes konzentriert, ohne die negativen Folgen dieses Marktes und
40 seines Regelwerkes auf die Menschen zu berücksichtigen. Neben vielen Gewinnern, gab es eben
41 auch viele Verlierer dieser Marktschaffung.

42 Die Finanzkrise und die in ihrer Folge durchgesetzte Austeritätspolitik haben ebenfalls dazu
43 beigetragen, die wirtschaftliche und soziale Spaltung sowohl zwischen den Staaten als auch
44 innerhalb der Gesellschaften zu vertiefen. Die Beschneidung sozialer Sicherungssysteme oder
45 die Zerschlagung staatlicher Unterstützungsstrukturen haben die Folgen der Krise verschärft
46 und sie insbesondere auf diejenigen abgewälzt, die mit ihrer Entstehung nichts zu tun hatten.
47 Horrende Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit oder der Zuwachs an prekärer Beschäftigung und
48 Armut in einer der reichsten Regionen der Erde sind für uns absolut inakzeptabel. Um diese
49 Zustände zu bekämpfen, brauchen wir neben einem Umdenken in der Finanz- und
50 Wirtschaftspolitik echte Fortschritte auf dem Weg zu einem sozialen Europa.

51 Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist für uns die zentrale Grundfreiheit in den Europäischen
52 Verträgen. Immer mehr Menschen, insbesondere aus dem Osten und Süden Europas werden
53 jedoch durch Armut und Elend dazu gezwungen in andere Mitgliedstaaten auszuwandern. Nur,
54 wenn wir auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im Süden und Osten Europas
55 verbessern, werden wir mittelfristig der erzwungenen Migration etwas entgegensetzen. Wir
56 wollen daher sie sozialen Sicherungssysteme in allen Mitgliedstaaten verbessern und durch
57 fairen Wettbewerb, der sich nicht an den niedrigsten Lohnraten orientiert, sicherstellen, dass
58 sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Europäer nach oben hin angleichen.

59 Dabei hat Europa das Potenzial in einer immer globalisierter werdenden Welt als Bollwerk
60 gegen die ungewollten Verwerfungen der Globalisierung wahrgenommen werden. Wir sind uns
61 sicher, ein solches Europa, ein Europa das die sozialen Bedürfnisse der Menschen, die in ihm
62 wohnen, ernst nimmt, muss sich um seine Zukunft keine Sorgen machen. Wir streiten für ein
63 Europa, das von seinen Bürgerinnen und Bürgern als gesellschaftliche Gestaltungsmacht in
64 Zeiten weltweiten Wettbewerbs wahrgenommen wird. Für ein Europa, das stark genug ist, das
65 Primat der Politik gegen globalisierte Märkte und weltweit agierende Unternehmen
66 durchzusetzen. Sicher leben umfasst neben den vielen Bereichen der sozialen Sicherheit und der
67 öffentlichen Daseinsvorsorge auch den Schutz vor Kriminalität und Terrorismus als öffentliche
68 Aufgabe. Angesichts der immer häufiger grenzüberschreitenden Dimension von organisierter
69 Kriminalität und Terrorismus einschließlich extremistischer Anschläge wächst auch die
70 Bedeutung der Zusammenarbeit mit Europol und EUROJUST, die effektive Nutzung

71 gemeinsamer europäischer Datenbanken sowie die Stärkung gemeinsamer Ermittlungsteams.
72 Dabei nehmen wir auch die Wirtschafts-, Steuer- und Umweltkriminalität in den Fokus. Darüber
73 hinaus brauchen wir einheitliche Standards bei den Hilfen für die Opfer von Straftaten.
74 Prävention und Deradikalisierung sind dabei nicht allein polizeiliche sondern gesellschaftliche
75 Aufgabe. Unser Ziel der Vereinigten Staaten von Europa ist dabei untrennbar mit dem Kampf um
76 ein soziales und sicheres, ein freies und demokratisches Europa verbunden.

77 Soziale Sicherheit stärkt Europa

78 Trotz ihres sperrigen Titels, kann die beim EU-Sozialgipfel in Göteborg feierlich proklamierte
79 Säule von sozialen Rechten als ein erster maßgeblicher Schritt in die richtige Richtung
80 betrachtet werden. Allerdings müssen wir feststellen, dass die dort festgeschriebenen Prinzipien
81 ihre volle Wirkung nur entfalten können, wenn sie eben nicht unverbindlich und im Ungefähren
82 bleiben. Vielmehr müssen sie jetzt mit Leben gefüllt werden. Deshalb setzten wir uns dafür ein,
83 die soziale Säule mit rechtsverbindlichen Maßnahmen und der entsprechenden finanziellen
84 Ausstattung im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 umzusetzen und für alle
85 erfahrbar zu machen.

86 Alle Menschen in Europa müssen unabhängig von ihrer Nationalität Anspruch auf die Leistungen
87 und den Schutz eines hochentwickelten Sozialstaats besitzen. Soziale Sicherheit, ein hohes
88 Bildungsniveau, individuelle Freiheiten und Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind
89 die Voraussetzungen für die Innovationskraft Europas - unserer großen Stärke im globalen
90 Wettbewerb. Wir setzen uns deshalb für Mindeststandards in der sozialen Sicherung durch eine
91 Rahmenrichtlinie für ein adäquates europäisches Mindesteinkommen sowie einen gesetzlichen
92 Rahmen für Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung ein.

93 Darüber hinaus streiten wir für eine europäisch abgesicherte Arbeitsversicherung, die dem
94 Grundsatz Rechnung trägt, dass Menschen zur Veränderung bereit sind, solange ihre Sicherheit
95 nicht gefährdet wird. Diese soll Menschen auch in Phasen der Weiterbildung und Qualifizierung
96 absichern und sie so dazu ermutigen, die Angebote wahrzunehmen und einzufordern. Gerade im
97 Zeitalter der Digitalisierung muss lebenslanges Lernen für alle Arbeitnehmerinnen und
98 Arbeitnehmer zu einer problemlos verfügbaren Selbstverständlichkeit des beruflichen
99 Lebenswegs werden.

100 Ein soziales Europa ist somit ein Element der Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents. Mehr noch:
101 Es hat auch das Potenzial, zu einem weltweiten Vorbild für die Vereinbarkeit und gegenseitige
102 Abhängigkeit von internationaler politischer sowie ökonomischer Stärke und einem
103 hochentwickelten Sozialstaat zu werden. In Europa wird es sich entscheiden, ob ein hohes
104 Sozialniveau weiterhin und zunehmend als Ballast im globalen Wettbewerb interpretiert wird
105 oder ob sich weltweit die Erkenntnis durchsetzt, dass die sozialen Errungenschaften seit der

106 industriellen Revolution nicht bloß ein Zwischenspiel in der Menschheitsgeschichte, sondern ein
107 bedeutender und nachhaltiger Schritt in ihrer Entwicklung sind.

108 **Wir bauen das soziale Europa**

109 Ein europäischer Sozialpakt ist ein zentraler Baustein, um die soziale Dimension Europas zu
110 stärken: Europa soll die Mitgliedstaaten zu einem festen Mindestmaß an sozialen Standards,
111 jeweils in Relation zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes, verbindlich verpflichten
112 dürfen. Ausgaben für Bildung, Armutsbekämpfung und allgemein soziale Belange werden
113 prozentual zur Wirtschaftskraft festgelegt, was dazu führt, dass diese bei wirtschaftlichem
114 Fortschritt mitwachsen.

115 Ein europäischer Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne in jedem Mitgliedstaat trägt dazu bei
116 Lohndumping und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse einzudämmen.

117 Eine europäische Arbeitslosenrückversicherung als automatischer Stabilisator kann dazu
118 beitragen, langfristig schädliche wirtschaftliche Ungleichgewichte zu mindern, Lasten gerechter
119 zu verteilen, Sozialsysteme krisenfester zu machen und Europa volkswirtschaftlich zu
120 stabilisieren.

121 Dank der europäischen Sozialdemokratie sind wir in der letzten Legislaturperiode mit der
122 Revision der Entsenderichtlinie dem Prinzip „gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für
123 gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ einen großen Schritt näher gekommen. Trotz des gegen
124 konservativ-liberale Kräfte hart errungenen Kompromisses bleibt noch viel zu tun. Für uns ist
125 und bleibt dieses Prinzip die zentrale Richtschnur für unsere Europapolitik. Wir werden alle
126 Gesetzgebungsvorhaben daran messen, ob sie dazu beitragen, diesem Prinzip zum Durchbruch
127 zu verhelfen oder nicht!

128 Um grenzüberschreitenden Lohn- und Sozialdumping Einhalt zu gebieten, wollen wir die
129 Europäische Arbeitsbehörde mit echten Kontrollbefugnissen ausstatten. Zudem wollen wir mit
130 der Einführung einer Europäischen Sozialversicherungsnummer und einem damit verbundenen
131 elektronischen Sozialversicherungsregister den Kontrollbehörden vor Ort endlich die
132 Instrumente an die Hand geben, um Sozialversicherungsmissbrauch- und betrug wirksam zu
133 bekämpfen.

134 Zu oft wurde in der Vergangenheit den vier vorwiegend wirtschaftlichen Grundfreiheiten ein
135 höheres Gewicht eingeräumt als den in der Grundrechtecharta verbrieften sozialen
136 Grundrechten. Wir werden uns für ein soziales Fortschrittsprotokoll in den Verträgen einsetzen.
137 Politisches Ziel muss sein, dass die sozialen Grundrechte im Konfliktfall Vorrang vor den
138 Grundfreiheiten genießen.

139 Dazu gehört auch, die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern und zu fördern. Jeder und jede
140 muss gleichberechtigten, solidarischen und räumlich nahen Zugang zu qualitativ hochwertigen
141 öffentlichen Dienstleistungen haben. Dazu zählen wir insbesondere den Zugang zu Wasser und
142 bezahlbaren Wohnraum. Bei der Erbringung dieser Dienstleistungen müssen
143 Gemeinwohlinteressen Vorrang vor Profitinteressen haben. Dazu müssen die EU-Vergaberegeln
144 künftig ökologische und soziale Standards deutlich stärker gewichten. Die Direktvergabe
145 einzelner Leistungen muss möglich sein. Die Möglichkeit interkommunaler Zusammenarbeit
146 und Inhousevergaben sind innerstaatliches Handeln und somit aus dem Wettbewerb des
147 Binnenmarktes herauszuhalten.

148 Darüber hinaus wollen wir den Prozess zum Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen
149 Menschenrechtscharta und die damit einhergehende Zuständigkeit des Europäischen
150 Menschengerichtshofs als letzte Instanz beschleunigen.

151 Seine Rechte kann Mann oder Frau nur geltend machen, wenn er oder sie diese auch kennt.
152 Daher wollen wir Beratungs- und Informationsangebote für grenzüberschreitende mobile
153 Beschäftigte fördern. Dazu gehört die Stärkung der EURES-Grenzpartnerschaften oder die
154 dauerhafte finanzielle Sicherung von Beratungsangeboten wie sie beispielsweise der DGB im
155 Projekt „Faire Mobilität“ sicherstellt.

156 Für ein Europa der guten Arbeit

157 Die Arbeitswelt ist im Wandel: Digitalisierung, Globalisierung, veränderte Anforderungen an
158 Flexibilität und Qualifikation sind nur einige der Herausforderungen, vor denen immer mehr
159 Menschen stehen. Wir sind entschlossen, diesen Wandel im Sinne der Arbeitnehmerinnen und
160 Arbeitnehmer zu gestalten. Arbeitszeit darf uns in Zeiten digitaler Vernetzung und ständiger
161 Erreichbarkeit nicht entgleisen, sondern bedarf der klaren Abgrenzung vom Privatleben, nur mit
162 einer klaren Regulierung hierzu gibt es eine bessere Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf.
163 Wir setzen uns für eine EU-weite sozial- und arbeitsrechtliche Regulierung der sogenannten
164 Plattformökonomie ein. Uber, Deliveroo und Co. müssen ihrer Arbeitgeberrolle endlich gerecht
165 werden.

166 Wir wollen die Situation von Solo-Selbstständigen durch eine europaweite durch
167 Mindestvergütungsstandards, das bedeutet auch Mindestausbildungsvergütung, und eine
168 Möglichkeit gemeinsamer Absprachen gegen Unterbietungskonkurrenz verbessern.
169 Ausnahmeregelungen im Wettbewerbsrecht sollen das Machtgefälle zwischen Auftraggebern
170 und -nehmern in Betracht ziehen.

171 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

172 Wie gefährlich der soziale Sprengstoff ist, der aus Massenarbeitslosigkeit und
173 Perspektivlosigkeit entstehen kann, wissen wir in Deutschland nur allzu gut. Vor allem in

174 Südeuropa und besonders mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit sind wir nicht länger bereit,
175 die aktuellen Verhältnisse weiter hinzunehmen. Wenn für Banken in kurzer Zeit
176 milliardenschwere Hilfsprogramme aufgelegt werden konnten, so ist das auch für die Jugend
177 Europas möglich. Wir fordern daher ein Sofortprogramm, das jedem Jugendlichen unter 25
178 einen Ausbildungsplatz garantiert und damit eine berufliche Perspektive eröffnet. Die bisher zur
179 Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus. Wir wollen die Mittel für die
180 Jugendgarantie auf 60 Milliarden Euro aufstocken.

181 Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Basis für die Zukunftsfähigkeit Europas. Wir wollen die
182 duale Ausbildung auch in Europa stärken. Dafür ist eine Verständigung über Mindeststandards
183 für eine moderne Berufsausbildung notwendig. Diese beinhalten die Ausbildungsdauer für das
184 Erlernen eines Berufes, Lernortkooperation zwischen Betrieb und Berufsschule und einen
185 abgesicherten rechtlichen Status der Auszubildenden. Die Verknüpfung einer mehrjährigen
186 schulischen und betrieblichen Ausbildung ist unabdingbar! Die Unternehmen müssen ihrer
187 Verantwortung gegenüber den Auszubildenden nachkommen und die Arbeitsbedingungen
188 müssen in einem Arbeitsvertrag festgehalten werden. Für die Akzeptanz und Attraktivität
189 moderner Berufsbildungssysteme ist die Einbeziehung von Sozialpartnern, Einrichtungen der
190 beruflichen Bildung und Wissenschaft in einen Berufsbildungsdialog unerlässlich.

191 Europäische Bildungspolitik darf sich aber nicht ausschließlich auf Wettbewerbs- und
192 Beschäftigungsfähigkeit beschränken. Europa ist darauf angewiesen, dass seine Bürgerinnen
193 und Bürger nicht allein beruflich erfolgreich sind, sondern Bedingungen geschaffen werden, dass
194 sie sich auch politisch, gesellschaftlich und kulturell an der Gestaltung des gemeinsamen
195 demokratischen Ganzen beteiligen können. Wir setzen uns daher dafür ein, dass ein
196 ganzheitlicher und nachhaltiger Bildungsbegriff etabliert wird, damit demokratische Bildung,
197 die Fähigkeit mit den unterschiedlichen Menschen friedlich zusammen zu leben und die
198 Vermittlung europäischer Werte als zentrale Handlungsfelder einbezogen werden.

199 **Mitbestimmung und Sozialen Dialog stärken**

200 Die Mitbestimmung im Betrieb und im Aufsichtsrat ist ein Erfolgsmodell. In allen Mitgliedstaaten
201 gibt es Elemente der Mitbestimmung in unterschiedlichere Ausprägung. Diese gilt es zu stärken
202 und auszubauen. Arbeitnehmer müssen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen im
203 europäischen Kontext stärker als bisher vertreten zu können. Unternehmen nutzen
204 europäisches Gesellschaftsrecht mehr und mehr als Hebel, die Mitbestimmungsrechte von
205 Arbeitnehmern einzufrieren oder ganz zu umgehen. Diesem Trend werden wir uns entschieden
206 entgegenstellen!

207 Wir fordern eine Rahmenrichtlinie zur Mitbestimmung, die die bestehenden
208 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten schützt und hohe Standards zur Unterrichtung und

209 Anhörung setzt. Zudem soll sie Mindeststandards für Europäische Rechtsformen wie die
210 Europäische Aktiengesellschaft oder die Europäische Genossenschaft setzen und bei allen aus
211 der Anwendung europäischen Gesellschaftsrechts resultierenden Rechtsformen gelten. Nur so
212 kann sichergestellt werden, dass europäisches Recht nicht missbraucht wird, um sich der
213 Unternehmensmitbestimmung zu entziehen.

214 Um die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa vollständig zu verwirklichen, müssen
215 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Interessen auch in den Betrieben europaweit
216 vertreten können. Daher ist die Verbesserung der Arbeit von Europäischen Betriebsräten (EBR)
217 ein unverzichtbarer Baustein zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Auch Auszubildende in
218 multinationalen Konzernen müssen in ihrem Recht auf konzernweiten Austausch und
219 Interessenvertretung gestärkt werden. Wir fordern deshalb die Gründung von europaweiten
220 Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Wir wollen die Rechte der vielen engagierten
221 europäischen Betriebsräte in Europa durch eine Revision der Europäischen
222 Betriebsräterichtlinie maßgeblich verbessern.

223 Schließlich muss der Soziale Dialog auf der europäischen Ebene gestärkt werden.
224 Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften müssen als Sozialpartner direkter und umfassender
225 als bisher in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik einbezogen und in ihrer
226 Arbeit unterstützt werden. Die Kommission muss ihren Widerstand gegen die von Arbeitgebern
227 und Gewerkschaften verhandelten Sozialpartnerabkommen, wie beispielsweise im
228 Friseurhandwerk, aufgeben.

229 **Steuergerechtigkeit – nicht irgendein Schlagwort, sondern ein klares Ziel!**
230 Steuereinnahmen sind für den Staat überlebenswichtig. Ohne Steuereinnahmen kann eine
231 öffentliche Daseinsfürsorge, kann eine funktionierende Infrastruktur, können Schulen,
232 Kindergärten oder Krankenhäuser nicht finanziert, erhalten bzw. modernisiert werden.

233 Bei Bürgern wie Unternehmen ist die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und Steuern
234 zu zahlen, bisweilen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere Menschen mit größeren
235 Vermögen und international tätige Konzerne mit Erträgen im Millionen- bzw. Milliardenbereich
236 sind teilweise beständig auf der Suche nach Möglichkeiten, legal oder auch illegal Steuern zu
237 vermeiden oder zu hinterziehen. Im Zuge der Veröffentlichungen im Rahmen der LuxLeaks,
238 Panama Papers & Co. gerieten zahlreiche Menschen und Unternehmen sowie deren
239 Beratungsfirmen in den Fokus der Öffentlichkeit. Nachdem im Europäischen Parlament bereits
240 in diversen Sonderausschüssen (TAX1, TAX2 und PANA) diese Thematik zusammen mit
241 engagierten Journalisten und NGOs bearbeiteten, ist es derzeit der Sonderausschuss
242 Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3), in dem sich

243 insbesondere die Sozialdemokratischen Mitglieder gegen Finanzkriminalität, Steuervermeidung
244 und Geldwäsche engagieren.

245 Der Druck des Europäischen Parlaments auf diese Menschen, diese international tätigen
246 Milliardenkonzerne und Länder, die hiervon seit vielen Jahren profitieren, dieser Druck ist groß
247 und muss in den kommenden Jahren noch größer werden! Hier geht es schlicht um
248 Verantwortung! Hier geht es um Konzerne, die weltweit tätig sind, weltweit erhebliche Gewinne
249 erzielen und diese dann in Steuerparadiesen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union
250 zu geringsten Steuersätzen versteuern. Diese Steuerparadiese bieten individuelle
251 Steuersparmodelle, die weder normalen Lohnsteuerpflichtigen noch mittelständischen
252 Unternehmen mit lokalem Betätigungsfeld zu Verfügung stehen. Dass sich vermögende
253 Menschen und große Konzerne auf derartige Weise ihrer Verantwortung entziehen können, ist
254 in höchstem Maße ungerecht und ein Schlag ins Gesicht jedes ehrlichen Steuerzahlers.

255 Daher lauten unsere konkreten Vorschläge:

- 256 ▪ Einführung einer gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage
257 für alle körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen in der Europäischen Union mit einem
258 Mindeststeuersatz von 25 Prozent;
- 259 ▪ Umsetzung der Digitalbesteuerung, d. h. eine Besteuerung von international tätigen digitalen
260 Konzernen wie beispielsweise Facebook und Google mit dem Ziel, dass diese dort ihre
261 Gewinne versteuern, wo sie sie erwirtschaften;
- 262 ▪ Die Einführung einer länderspezifischen Berichterstattung von multinationalen
263 Unternehmen. Starbucks und Co. müssen endlich transparent offenlegen, welche Gewinne
264 sie in welchen Ländern erzielen. Nur so kann eine gerechte Besteuerung sichergestellt
265 werden;
- 266 ▪ Einführung einer endgültigen Umsatzsteuergesetzgebung für die gesamte EU, die neben der
267 Bemühung um Vereinfachung des Steuerrechts die richtigen Maßnahmen zur
268 Betrugsbekämpfung vorsieht;
- 269 ▪ Einführung einer umfangreichen Finanztransaktionssteuer;
- 270 ▪ Die Einführung einer Quellensteuer, die von den EU-Mitgliedstaaten auf alle Zahlungen von
271 Zinsen, Dividenden, Leasingraten, Lizenz- und Managementgebühren in
272 Niedrigsteuerländern erhoben werden. Die Zins- und Lizenzrichtlinie und die Mutter-
273 Tochter-Richtlinie wollen wir so ändern, dass Steuerumgehungsmodelle unattraktiv werden;
- 274 ▪ Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen Steuer-, Zoll-, Strafverfolgungs- und
275 Betrugsbekämpfungsbehörden untereinander und mit den international tätigen Behörden
276 OLAF (Betrugsbekämpfung der Europäischen Kommission), Europol und Interpol

277 Diese Vorschläge sind teilweise bereits im Europäischen Parlament beschlossen worden,
278 teilweise noch nicht. Die Verhandlungen über alle diese Vorschläge im Bereich Steuern erfolgt
279 auf Ebene der Mitgliedsstaaten im Rat. Hier müssen wir Sozialdemokratinnen und
280 Sozialdemokraten das laute Sprachrohr aller Menschen sein, denen diese unfairen
281 Steuerpraktiken ein Dorn im Auge sind und die dies ändern wollen!

282 **Neustart in der Wirtschaftspolitik**

283 Parallel brauchen wir aber auch einen Neustart in der Wirtschaftspolitik. Wir sind überzeugt:
284 Wer morgen ernten will, muss heute säen. Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder
285 Forschung und Entwicklung sind der Humus, auf dem der wirtschaftliche Erfolg Europas wächst.
286 Die in Folge der Finanzkrise etablierte Austeritätspolitik, die an vielen Stellen langfristig
287 sinnvolle Investitionen zugunsten einer kurzfristigen, einseitig rigiden Haushaltspolitik
288 verhindert, lehnen wir ab. Dabei sind nicht nur die langfristigen ökonomischen und
289 gesellschaftlichen Folgen einer solchen Politik verheerend, ihre Begründung hält auch keinem
290 Faktencheck stand: Viele der Krisenländer waren mit Blick auf ihren Staatshaushalt regelrechte
291 Musterschüler und haben zum Teil sogar Überschüsse erwirtschaftet.

292 Als volkswirtschaftlich fatal haben sich vielmehr die massiven Ungleichgewichte innerhalb des
293 gemeinsamen Binnenmarktes erwiesen. Ein System mit gemeinsamer Währung, in dem einige
294 stetig mehr exportieren als importieren und es bei anderen folglich dauerhaft umgekehrt ist,
295 kann langfristig nicht stabil sein. Ein fairer Wettbewerb liegt hier im Interesse aller. Wir sind
296 überzeugt, dass eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und
297 Fiskalpolitiken durch eine europäische Wirtschaftsregierung unter Führung eines europäischen
298 Wirtschafts- und Finanzministers sinnvoll und notwendig ist, um Europa langfristig auf Kurs zu
299 bringen und zu halten.

300 Wir halten zudem automatische Stabilisierungsmechanismen für sinnvoll, um
301 Handelsungleichgewichte effektiv einzudämmen. Ähnlich wie bei den Maastricht-Kriterien sollte
302 die Kommission hier mit Eingriffsrechten ausgestattet werden, deren Nutzung nicht von einem
303 einstimmigen Votum der Mitgliedsstaaten abhängen darf. Ein eigenes Budget für die Euro-Zone
304 zum Abbau von Ungleichgewichten und zum Abfedern von konjunkturellen Schwankungen,
305 gemeinsame Instrumente der staatlichen Investitionsfinanzierung, eine europäische
306 Arbeitslosenversicherung sowie gemeinsame Standards in der Finanzmarktregulierung und
307 Steuerpolitik tragen ebenfalls dazu bei, den europäischen Wirtschaftsraum zu stabilisieren, ihn
308 krisenfester und zukunftsfähig zu machen. Den Europäischen Stabilitätsmechanismus werden
309 wir zudem zu einem Europäischen Währungsfonds ausbauen.

310 Unser Ziel sind nachhaltige und stabile Finanzmärkte, die der gesamtwirtschaftlichen und
311 gesellschaftlichen Entwicklung dienen. Wir stehen für eine europäische Kapitalmarktunion, die

312 eine effektive Finanzierung der Realwirtschaft unterstützt und gleichzeitig regionale und lokale
313 Besonderheiten berücksichtigt. Wir führen eine Finanztransaktionssteuer zur gerechten
314 Beteiligung der Finanzwirtschaft an gesellschaftlichen Aufgaben ein und fordern ein Verbot von
315 Finanzprodukten ohne gesellschaftlichen Mehrwert, zum Beispiel des Hochfrequenzhandels.

316 Wir setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene für höhere
317 Eigenkapitalanforderungen ein und werden Maßnahmen ergreifen, damit Finanzinstitute sich
318 aufgrund ihrer Größe und Vernetzung nicht dem Primat der Politik entziehen oder „too big to
319 fail“ werden und sich ihrer Rettung mit Steuergeld sicher sein können, zum Beispiel mittels einer
320 effektiven Fusionskontrolle. Gleichzeitig streben wir eine deutliche Vereinfachung der
321 Finanzmarktregulierung und eine Stärkung des Verbraucherschutzes in diesem
322 Wirtschaftszweig an.

323

324

325 **Für ein zukunftsfestes Europa der zukunftsfähigen Industrie,**
326 **der Wissenschaft, der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes**

327 Zukunftsorientierte und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist ein Grundpfeiler einer auch
328 in Zukunft starken, geeinten und von seinen Bürgerinnen und Bürgern getragenen Europäischen
329 Union. Erfolg lässt sich dabei zwar auch, aber nicht ausschließlich an Wachstumsraten oder
330 Unternehmensgewinnen ablesen. Wir kämpfen für eine starke Wirtschaft, die global
331 wettbewerbsfähig und hochinnovativ ist, die Digitalisierung als Chance begreift und aktiv
332 gestaltet, die gute Arbeit schafft und faire Löhne zahlt, die sich ihrer gesellschaftlichen
333 Verantwortung stellt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt und respektiert.

334 **Industriepolitik ist Innovationspolitik ist Klimapolitik**

335 Ein Wirtschaftszweig, der Europa historisch geprägt hat und auch in Zukunft eine zentrale Rolle
336 zu spielen hat, ist die Industrie. Sie genauso wie die entsprechenden Industrieregionen in ihren
337 Transformationsprozessen zu unterstützen und sie auf ihrem Weg grüner, digitaler und
338 innovativer zu werden, zu begleiten, ist uns ein besonderes Anliegen.

339 Wir werden dabei insbesondere auf die enge Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit
340 industrieller Praxis setzen, um Erkenntnisgewinn möglichst direkt in echte Innovationen
341 münden zu lassen, die das Leben der Menschen verbessern und europäischen Unternehmen
342 zudem die Märkte von morgen sichern. Die europäische Förderung für Forschung und Transfer
343 werden wir entsprechend ausbauen, die bewährten Formate fortführen und zudem offen sein
344 für neue Wege der Innovationsförderung.

345 Wir wollen gemeinsame europäische Antworten auf das Mega-Thema Digitalisierung. Dafür
346 benötigen wir einen gemeinsamen Ansatz zu digitalen Grundrechten und einen entsprechenden
347 rechtlichen Rahmen, der den Ausbau schneller Kommunikationsnetze fördert und gleichzeitig
348 Prinzipien wie Netzneutralität, Medienvielfalt sowie die lückenlose Wahrung kommunikativer
349 Grundrechte absichert. Die Durchsetzung öffentlicher Sicherheit und Ordnung muss auch im
350 Digitalen eine hoheitliche und damit staatliche Aufgabe bleiben, die parlamentarisch kontrolliert
351 wird. Politisches Ziel muss sein, dass weitere Monopolbildungen im Digitalen durch eine gezielte
352 Vielfalts- und Wettbewerbsförderung verhindert werden. Das Recht eines jeden, nicht Objekt
353 automatisierter Entscheidungen zu sein, muss gesetzlich fixiert werden. Künstliche Intelligenz
354 muss der menschlichen Entscheidungsfindung dienen, kann sie aber niemals ersetzen.

355 Innovationen im Klima- und Umweltschutz sind für die europäische Industrie von besonderer
356 Bedeutung. Gerade die energieintensiven Branchen können einen großen Beitrag dazu leisten,
357 unser Ziel, bis 2050 zur Low-Carbon-Economy zu werden, zu erreichen. Wir setzen dabei auf
358 den Grundsatz „Innovation vor Sanktion“ und sind davon überzeugt, dass erst eine nachhaltige

359 Industrie auch nachhaltig Arbeitsplätze sichert. Die Erträge aus dem europäischen
360 Emissionshandel, die gezieltere Nutzung der Strukturfonds sowie eine entsprechende
361 Ausgestaltung der europäischen Forschungsförderung sind die Wege, auf denen wir Ressourcen
362 für die Stärkung der Innovationskraft der Industrie vor allem im Bereich der Senkung des
363 Energie- und CO₂-Bedarfs bereitstellen wollen. Einen Schwerpunkt bildet dabei die
364 Kreislaufwirtschaft.

365 Das Verursacherprinzip ist für uns eine faire, marktgerechte Lösung, um umwelt- und
366 klimagerechte Anreize zu setzen. Dementsprechend werden wir den europäischen
367 Emissionshandel durch eine komplementäre CO₂-Steuer ergänzen, die zumindest dort zur
368 Anwendung kommt, wo der europäische Emissionshandel nicht greift. Diese Steuer soll wenn
369 möglich gemeinsam mit den anderen EU-Staaten eingeführt werden. Der Preis pro Tonne
370 Kohlenstoff sollte dabei 50 Euro im Jahr 2020 und 100 Euro im Jahr 2030 betragen. Dabei ist
371 klar, dass gleiche Vorgänge gleich besteuert werden müssen. Die Steuer an sich ist aber kein
372 Selbstzweck ist und ungewollte Effekte müssen vermieden werden. Das betrifft die Verlagerung
373 von Wirtschaftsbereichen in andere Regionen, welche eine laxere Umweltgesetzgebung haben,
374 ebenso wie eine Vergrößerung der Armutprobleme durch steigende Heizkosten. Über die
375 Steuer hinaus werden wir die Bedeutung von Ökodesign ausbauen und unter anderem durch
376 eine Besteuerung besonders klimaschädlicher Produkte stärken, die Gesetze gegen Plastikabfall
377 verschärfen, die geplante Obsoleszenz – also die Konstruktion von Produkten mit begrenzter
378 Nutzungsdauer, damit möglichst schnell neue angeschafft werden müssen – härter verfolgen
379 sowie die Emissionen im Bereich Schifffahrt und Flugverkehr stärker in den Blick nehmen.

380 Wir sind uns zudem der besonderen regionalen Bedeutung der Industrie bewusst. Wir werden
381 die Auswirkungen des Strukturwandels in denjenigen Regionen, die von energieintensiven
382 Industrien geprägt sind, beobachten und Unterstützung bei der Gestaltung dieses Wandels
383 sowie insbesondere Maßnahmen zur Abfederung der sozialen Folgen forcieren. Wir werden
384 darüber hinaus einen Pakt zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen Gebieten,
385 insbesondere in Ost- und Südosteuropa, initiieren. Der Wegfall der Kohleindustrie und
386 Änderungen in der lokalen Struktur können auch negative Folgen für Wertschöpfungsketten
387 haben. Deswegen müssen wir auch unbedingt sicherstellen, dass lokale Wertschöpfungsketten
388 erhalten oder angepasst werden können, um nicht durch einzelne Veränderungen ganze
389 Industrieregionen zu gefährden. Über die Industrie hinaus müssen wir aber auch Entwicklungen
390 in flankierenden Wirtschaftsräumen schaffen. Zu diesem Zweck streben wir europaweit
391 koordinierte Kreativräume an, die im Sinne der intelligenten Spezialisierung über die klassische
392 Industrie hinausgehen. Die europäische Kohäsions- und Strukturpolitik muss im Zentrum des
393 Wandels stehen. Statt einer endlosen Liste von Möglichkeiten und Förderung nach dem
394 Gießkannenprinzip muss noch deutlicher als bisher sichergestellt werden, dass entsprechende

395 Mittel – trotz einer Kürzung der Gesamtbudgets – in ausreichendem Maße für die Regionen im
396 Wandel zur Verfügung stehen und gezielt für hilfreiche Maßnahmen eingesetzt werden. Das gilt
397 insbesondere auch für Investitionen in die Infrastruktur, also zum Beispiel Verkehr und Bildung,
398 um so den Wandel positiv zu verstärken und die Menschen vor Ort auf ihrem Weg zu begleiten.

399 Wissen schafft Zukunft

400 Europa ist der Kontinent von Wissenschaft und Forschung. Hier stand die Wiege der
401 Wissenschaft, hier haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit bahnbrechenden
402 Erkenntnissen das Leben der Menschheit verändert und hier setzen wir auch in Zukunft für die
403 Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen vom Klimaschutz bis zum
404 sozialen Zusammenhalt auf Wissenschaft und Forschung. Globalen, aber auch europäischen
405 Akteuren, die aus ihrer Geringschätzung für die Wissenschaft keinen Hehl machen, treten wir
406 mit aller Kraft entgegen!

407 Wissenschaft ist dabei für uns keine elitäre Veranstaltung. Wissenschaft muss immer auf das Ziel
408 ausgerichtet sein, der Gesellschaft zu dienen und den Menschen in den Mittelpunkt ihres
409 Handelns stellen.

410 Hochschulen sind im Wissenschaftssystem die zentralen Einrichtungen mit vielfältigen
411 Aufgaben: Sie sind Ausbildungsorte für viele junge Menschen und zunehmend auch ein Ort der
412 Weiterbildung. Sie sind Jobmotoren für viele Städte und Regionen, sie schaffen die Grundlagen
413 für künftige Prosperität und Arbeitsplätze. Starke, öffentlich finanzierte und für alle
414 gesellschaftlichen Schichten offene Hochschulen sind die Voraussetzung für die Innovationskraft
415 und Zukunftsfähigkeit Europas. Hier werden viele derjenigen Europäerinnen und Europäer
416 ausgebildet, die die Geschicke unseres Kontinents in Zukunft prägen werden. Hier werden wir
417 investieren und den Tendenzen zur Ökonomisierung von Bildung und somit von Lebenschancen
418 mit aller Macht entgegentreten.

419 Bildung ist für uns aber weit mehr als eine hervorragende akademische Ausbildung. Dort, wo die
420 Europäische Union im Bereich der frühkindlichen Bildung, in der Schule, der beruflichen
421 Ausbildung und der Weiterbildung die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Kompetenzen
422 unterstützen kann, werden wir dies vorantreiben. Dort, wo Herausforderungen besser
423 gemeinsam auf europäischer Ebene bewältigt werden können – zum Beispiel im Zuge der
424 Digitalisierung – streben wir gemeinsame Mindeststandards an. Europäische Benchmarks,
425 insbesondere zur Zahl von Schul-, Studiums- und Ausbildungsabbrecherinnen und Abbrechern,
426 in den Bereichen frühkindliche Bildung, lebenslanges Lernen, Übergang in den Arbeitsmarkt
427 sowie grenzüberschreitende Mobilität können hier zu einem positiv gestalteten föderalem
428 Wettbewerb beitragen. Die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen muss zudem
429 weiter ausgebaut und weitgehend zu einem Automatismus werden.

430 Die europäische Einigung macht es jungen Menschen heute so einfach wie nie, unbürokratisch
431 Auslandserfahrung zu sammeln und so einen wertvollen Blick über den eigenen Tellerrand zu
432 wagen. Auch wer auf diesem Weg seinen Horizont erweitert, bildet sich. Austauschprogramme
433 wie zum Beispiel Erasmus sind von großer Bedeutung, um Europa praktisch erfahren zu können.
434 Wir wollen diese Programme stärken, ausbauen und dabei einen Schwerpunkt darauf legen,
435 dass auch denjenigen ein Austausch ermöglicht wird, denen die Mittel hierzu nicht in die Wiege
436 gelegt sind. Dies bedeutet – neben einer Aufstockung der Finanzierung der bestehenden
437 Programme – unter anderem stärkere Anstrengungen, um auch Schülerinnen und Schülern oder
438 Auszubildenden attraktive, finanziell abgesicherte Möglichkeiten für eigene Auslandserfahrung
439 zu geben, unter anderem durch einen Anspruch auf finanzielle Förderung eines mehrwöchigen
440 Auslandsaufenthalts für junge Menschen unter 21 Jahren sowie eigene Mittel für
441 grenzüberschreitende Schulbegegnungen. Entsprechende Möglichkeiten müssen auch für den
442 Bereich der Weiterbildung geschaffen und gestärkt werden – denn für uns ist das Recht auf
443 lebenslanges Lernen ein zentraler Bestandteil gerechter Bildung.

444 Investitionen in Wissenschaft und Forschung haben für uns höchste Priorität. Wir setzen uns
445 dafür ein, dass sie als Zukunftsinvestitionen anerkannt werden und nationalstaatliche
446 Investitionen in diesem Bereich nicht unter die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts
447 fallen. Die europäische Forschungsförderung wollen wir deutlich erhöhen.

448 In der Wissenschafts- und vor allem in der konkreten Forschungsförderung setzen wir uns dafür
449 ein, dass Europa in erster Linie Kräfte bündelt und starke europäische Akzente an den Stellen
450 setzt, an denen den einzelnen Mitgliedstaaten im globalen Wettbewerb Grenzen gesetzt sind.

451 Dies betrifft zum einen konkrete strategische Entscheidungen, einzelne Zukunftsfelder
452 koordiniert und unter Einbezug aller in Europa vorhandener Kompetenzen in den Mittelpunkt
453 zu stellen und Forschung in diesen Feldern intensiv zu fördern. Wir wollen so auf zentralen
454 Feldern für die Zukunftsfähigkeit der Menschheit weiter in führender Rolle vorangehen,
455 während wir auf anderen Feldern vor allem darauf bedacht sind, die technologische
456 Unabhängigkeit Europas zu wahren.

457 Energiewirtschaftliche Kernforschung, die nicht ausschließlich Fragen der Sicherheit sowie der
458 Lagerung adressiert, und militärische Kernforschung lehnen wir ab.

459 Wir stehen zu den bisherigen Verfahren zur Verteilung europäischer Forschungsförderung, die
460 auf den Prinzipien von Wettbewerb und Leistung basieren. Wenn dies aber im Zuge eines sich
461 über die Jahre verstärkenden Effekts dazu führt, dass Investitionsempfänger vorhersagbar
462 werden und auf der anderen Seite ganze Regionen abgehängt werden, ist das nicht im Sinne
463 eines nachhaltigen und leistungsstarken europäischen Wissenschaftssystems. Wir werden daher

464 die bereits heute nach den Regeln der Strukturförderung vergebenen Mittel für Forschung
465 aufstocken und so die Eigenschaft von Wissenschaft und Forschung als Impulsgeber für ganze
466 Regionen unterstreichen. Dass es erfolgreich sein kann, auch zunächst nicht in der
467 wissenschaftlichen Champions League spielenden Regionen Zukunftsimpulse durch die
468 Ansiedlung von Forschungseinrichtungen zu geben, zeigen zahlreiche Beispiele; zum Beispiel
469 das Ruhrgebiet, wo Johannes Rau politisch entschieden hat, Universitäten zu errichten und wo
470 heute renommierte Hochschulen Spitzenforschung leisten und zugleich wichtige Akteure des
471 Strukturwandels sind.

472 Neben der technologieorientierten Forschungsförderung legen wir dabei besonderen Wert auf
473 den Ausbau der Forschung in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften. Wir brauchen sie, um
474 die sozialen Folgen der unter anderem im Zuge der Digitalisierung und der Migration
475 anstehenden Veränderungen frühzeitig zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zum Beispiel
476 mit Blick auf Fragen wie die soziale Spaltung, Teilhabe, Partizipation, regionale Disparitäten
477 oder die große Frage der sozialen Sicherung bereits früh im Innovationsprozess mitzudenken.
478 Für die strategische Entscheidungsfindung im Rahmen der europäischen Forschungspolitik
479 fordern wir zudem ein europäisches Programm zur Folgenabschätzung.

480 **Für eine zukunftsgerechte Klima- und Energiepolitik**

481 Über den industriellen Bereich hinaus ist für uns eine aktive Klima- und Energiepolitik zentral
482 für die Zukunft Europas. Mit den aktuellen und zu befürchtenden Klimaeffekten gehen nicht nur
483 extreme Wetterphänomene, sondern auch Dürren und Hungersnöte, gesundheitliche Gefahren
484 und die Unbewohnbarkeit ganzer Gebiete einher. Die Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik
485 an den Nachhaltigkeitszielen der UN ist deswegen unabdingbar. Wir stehen hinter den Zielen
486 von Paris, die eine Reduzierung der Treibhausgase von 95% bis ins Jahr 2050 nötig machen –
487 das bedeutet auch, dass der Kohlesausstieg bis dahin vollzogen worden sein muss. Um das zu
488 erreichen müssen auch auf europäischer Ebene Weichen über das Jahr 2030 hinaus gestellt und
489 Ambitionen in allen Bereichen erhöht werden und unter anderem das System des
490 Emissionshandel gestärkt werden.

491 Die Ziele für erneuerbare Energien, wie im Juni 2018 vereinbart, sind ein wichtiger Schritt in die
492 richtige Richtung. Wir setzen uns aber über indikative Ziele hinaus dafür ein, dass die
493 Zielvorgaben für die Mitgliedsstaaten bindend werden. Um diese und höhere Anteile zu
494 erreichen müssen wir noch viel mehr in den gemeinsamen Strommarkt investieren und
495 grenzüberschreitende Fördermodelle zum Normalzustand werden lassen. Grüner Strom muss
496 ungehindert von den windreichen Meeren und dem sonnigen Süden in die Industrieregionen
497 und Ballungszentren fließen können. Dabei ist es aber genauso wichtig, dass dabei regionale
498 Eigenheiten berücksichtigt werden. Gerade das Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen

499 braucht Energie in all ihren Formen vor Ort, um den Betrieben und damit den
500 Arbeitnehmer*innen Sicherheit zu verschaffen.

501 In unseren Industrieregionen und Ballungszentren ist der Großteil des deutschen Energiebedarf,
502 ob als Strom, Wärme oder für den Verkehr, konzentriert. Neben der weiteren Förderung
503 erneuerbaren Stromes, stehen wir auch für grüne und effiziente Energieerzeugung in Wärme
504 und Mobilität. Gerade die Umstellung der vielen fossilen Heizsysteme muss dabei Priorität
505 haben. Der einfache Austausch gegen effizientere Gasboiler ist dabei nicht genug. Größere
506 Schritte sind gefragt. Große Erzeugungsanlagen müssen dabei auf europäischer Ebene genauso
507 berücksichtigt werden, wie Anlagen vor Ort, im Quartier oder beim Verbraucher selbst. Dabei
508 sind Kooperativen und Mieterenergiemodelle ein integraler Bestandteil der Energiewende.

509 Die Energiewende fußt aber nicht nur auf den Zielen Dekarbonisierung und Erneuerbare.
510 Energieeffizienz im gesamten System ist für uns unabdingbare Voraussetzung für eine
511 erfolgreiche Energiewende. Das gilt im Gebäude genauso, wie auf der Quartiersebene und in der
512 Versorgung. Wir setzen uns für ambitionierte Programme zur Sanierung des öffentlichen
513 Gebäudebestands ein, sowie für aus NRW bekannte und zukunftsweisende Modelle wie der
514 Abwärmenutzung aus der Industrie als ein Beispiel der Sektorkopplung. Darüber hinaus werden
515 aber auch viele Bereiche, in denen bisher fossile Brennstoffe genutzt werden zu Teilen auf
516 erneuerbare Elektrizität umsteigen müssen. Um Schwankungen in der Versorgung
517 auszugleichen müssen wir auf europäischer Ebene große Programme für Energiespeicher weiter
518 voranbringen.

519 Klima- und Energiepolitik sind oft auch Steuer- und Subventionspolitik. Für die SPD darf es in
520 Zukunft keinerlei öffentliche Subventionen oder industrielle Unterstützungszahlungen für die
521 Nutzung fossiler Brennstoffe geben, egal in welchem Bereich. Stattdessen müssen alle
522 Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Trendwende zu beschleunigen. Die NRWSPD
523 fordert daher eine gerechte und verursacherorientierte europäische CO₂-Bepreisung.
524 Selbstverständlich sollen diese Maßnahmen nicht die Schwächsten in unserer Gesellschaft
525 treffen. Deswegen müssen energiepolitische Maßnahmen auch durch sozialpolitische und
526 wirtschaftliche Maßnahmen flankiert werden, die dafür sorgen, dass alle an der Energiewende
527 teilhaben.

528 **Für eine nachhaltige, europäische Verkehrs- und Mobilitätspolitik**

529 Eine zentrale Rolle beim Erreichen der Klimaziele aber auch für höhere Lebensqualität und
530 bessere Luft spielt der Mobilitätssektor. Zusätzlich zur Herausforderung den Verkehr der
531 Zukunft an unsere Zielstellungen in der Energie-, Klima- und Umweltpolitik anzupassen, ist
532 sozialdemokratische Mobilitätspolitik immer mehr: Die Zukunft muss nicht nur sauber, sondern
533 auch bezahlbar sein, sie muss dafür sorgen, dass alle Menschen mobil sind und durch Mobilität

534 an der Gesellschaft teilhaben können – und sie muss die Menschen in Europa, sowohl in den
535 Grenzregionen als auch insgesamt näher zusammenbringen.

536 Im Hinblick auf den Klimawandel ist unser oberstes Ziel die Verringerung des CO₂-Austosses im
537 Verkehrssektor. Dazu gehören alle Teile, egal ob Straße, Schiene, Wasser oder Luft. Dabei
538 müssen wir alle zur Verfügung stehenden Lösungen nutzen, aber die Elektromobilität
539 (Brennstoffzelle oder Batterie) wird dabei eine herausragende Rolle spielen. Im PKW- und LKW-
540 Bereich unterstützen wir auf europäischer Ebene Quoten für nachhaltige Antriebstechnologien,
541 gebundene Fördermittel, aber auch den zweckgebundenen zusätzlichen Ausbau entsprechender
542 Energiequellen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine weitere Verlagerung von Kapazitäten
543 von der Straße auf die Schiene und auf Wasserwege ein.

544 Dabei gilt für uns aber auch, dass das europäische Netz weiter elektrifiziert werden muss. Auch
545 für den Schiffs- und Flugverkehr fördern wir die Weiterentwicklung zukunftssträchtiger
546 Lösungen, um so zum Erreichen der Klimaziele beizutragen.

547 Darüber hinaus setzen wir uns für die strenge Überprüfung der aktuell geltenden Abgaswerte
548 ein und fordern die bedingungslose Durchsetzung geltenden Rechts. Das muss auch für
549 Abgasreinigungsanlagen insbesondere im Güterverkehr gelten.

550 Da es mit neuen Antriebstechnologien nicht getan ist, stehen wir für den europäisch
551 unterstützten Ausbau des Schienennetzes und insbesondere der transeuropäischen Strecken.
552 Wir haben aber auch eine gemeinsame Verantwortung für das europäische Wasserstraßennetz,
553 das für den europäischen Güterverkehr unersetzlich ist. Auch hier müssen die europäischen
554 Akteure gemeinsam anpacken.

555 Verschiedene Regionen in Europa kämpfen auch mit verschiedenen Herausforderungen. Für
556 Regionen die auch große Teile des europäischen Durchgangsverkehrs von Personen und Gütern
557 tragen setzen wir uns für strategische Investitionen in Bypassverbindungen ein, um die
558 Hauptachsen zu entlasten.

559 In Grenzregionen stehen wir dafür verbliebene Lücken im Schienennahverkehr im selben
560 Rahmen zu schließen, wie das europäische Fernschienennetz vollendet werden muss.

561 Gerade im lokalen Rahmen, in Städten wie im ländlichen Raum, setzen wir auf den Ausbau des
562 ÖPNV-Angebots. Neben der Nutzung entsprechender Fördermittel, muss dazu auch zum
563 verbesserten Austausch von guten Beispielen angeregt werden.

564 Für den verbliebenen Individualverkehr aber auch für Räume in denen der ÖPNV seine Vorteile
565 nicht ausspielen kann, unterstützen wir den weiteren Ausbau von Carsharingmodellen, unter
566 anderem auch durch steuerliche Begünstigungen bei der Nutzung nachhaltiger Technologien.

567 Wir nutzen Strukturfördermittel auch dafür, Räume die bisher vom Verkehr besetzt sind, wieder
568 zugänglich für die Menschen zu machen. Wir fördern urbane Mobilitätskonzepte, die sauber,
569 sicher und im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner sind. Dazu zählen gerade auch
570 Fahrradwege.

571 Diese gilt es auch als Teil des europäischen Fernfahrradwegenetzes so auszubauen, dass Städte
572 und Regionen engmaschig verbunden sind.

573 Bei allen Maßnahmen muss gelten: Der wirtschaftliche Ertrag darf nicht die Triebfeder des
574 Ausbaus von Verbindungen sein, sondern sie müssen allen zugänglich bleiben.

575 Für eine faire Handelspolitik

576 Fairness, Respekt und Gerechtigkeit sind Grundpfeiler unserer Wirtschaftspolitik, die auch mit
577 Blick auf unsere Handelspolitik gelten. Wir unterstützen Abkommen, die den Abbau von Zöllen,
578 Mengenbeschränkungen und rein technischen Handelshemmnissen anstreben. Sie dürfen aber
579 nicht unter der Hand staatliche Regulierung zur Sicherung von Gesundheit, Sicherheit, Umwelt,
580 des Verbraucherschutzes und guter Arbeit aushöhlen. Aktuelle Handelsabkommen der EU
581 entsprechen diesen Ansprüchen nicht immer. Um sie umzusetzen brauchen wir eine
582 handlungsfähige EU in der Handels-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Fortschritte in diesen
583 Bereichen können in der Welt nur erreicht werden, wenn wir als EU mit unseren Partner
584 zusammenarbeiten.

585 Europäische Firmen, die außerhalb der EU produzieren, sollen beim Import dieser Produkte
586 verpflichtende Nachweise erbringen, dass sie mindestens die ILO (Internationale
587 Arbeitsorganisation) Standards einhalten. Die privatrechtlichen Schiedsgerichte gehören
588 abgeschafft. Wir treten ein für ein modernes multilaterales Schiedsgerichtssystem nach
589 rechtsstaatlichen Grundsätzen, das transparente Verfahren für die Streitbeilegung im
590 internationalen Raum schafft. Dabei muss auch klar sein, dass ein internationales Handelsgericht
591 nur letzte Instanz sein kann.

592 Investitionsschutz darf nicht der Absicherung der Gewinnerwartung von Unternehmen dienen.
593 Das staatliche Recht, im öffentlichen Interesse regelnd tätig zu werden, muss in allen
594 Investitionsschutzabkommen gewahrt bleiben. Demokratisch legitimierte staatliche
595 Entscheidungen zum Schutz von Umwelt, sozialer Gerechtigkeit, Arbeit, Gesundheit und
596 Verbraucherschutz können immer schwieriger oder gar nicht mehr durchgesetzt werden.
597 Zukünftige Abkommen dürfen keine Vorschriften beinhalten, die die Erbringung von
598 wirtschaftlichen oder nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse durch
599 die öffentliche Hand begrenzen oder beeinträchtigen kann.

600 Wir erwarten, dass die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Konfliktfällen genauso
601 wirkungsvoll sichergestellt wird, wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. Der
602 Schutz der Daseinsvorsorge hat für uns höchste Bedeutung und muss umfassend gewährleistet
603 sein. Grundlegende Normen, Regelungen und Verfahren zur Verwirklichung von Zielen im
604 öffentlichen Interesse dürfen nicht im Visier zukünftiger Abkommen sein. Wir setzen uns dafür
605 ein, dass in allen EU-Handels-, -Investitions- und -Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
606 verbindliche soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische
607 Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart
608 werden. Dies gilt auch für das Allgemeine Präferenzsystem (APS und APS+) der EU.

609 Handelsverträge, die Marktzugang im Austausch für Entwicklungshilfe fordern, wird es mit uns
610 nicht mehr geben. Wir setzen stattdessen auf den Marktaufbau in den sich entwickelnden und
611 insbesondere in den AKP-Ländern. Ungleiche Handelsbeziehungen, bei denen europäische
612 Produkte insbesondere im Agrarbereich einen unfairen Marktvorteil in den
613 Entwicklungsländern erlangen, werden wir verhindern. Das bedeutet auch einen Abbau
614 jeglicher Subventionen für Exporte in diese Länder. Die Partnerschaftsabkommen der
615 Europäischen Union mit den afrikanischen Staaten (Economic Partnership Agreements) müssen
616 daraufhin überprüft werden, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den
617 betroffenen Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Auch in dem
618 Nachfolgeabkommen zu dem auslaufenden Vertrag mit den AKP-Ländern sind die Kriterien
619 einer nachhaltigen Entwicklungspolitik zu berücksichtigen.

620 Rein strukturell muss gelten, dass bei jeglichen Verhandlungen und Abschlüssen und noch
621 wichtiger in der Umsetzung die parlamentarischen Rechte zu achten sind. Um darüber hinaus
622 rechtliche Unklarheiten zu vermeiden, muss der Rahmen für Freihandelsabkommen so gesetzt
623 werden, dass sie nur Regelungen enthalten, die über den WHO-Rahmen hinaus gehen.

624 Für ein Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt

625 Europa war für den Natur- und Umweltschutz in Deutschland ein Fortschrittsmotor. Ohne
626 europäische Richtlinien wäre es um Natur und Umwelt in Deutschland sehr viel schlechter
627 gestellt. Aber die Herausforderungen bleiben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
628 stehen dafür, dass wir die Herausforderungen der Zukunft zusammen denken und
629 zusammenführen. Wir wollen auch künftigen Generationen eine artenreiche und lebenswerte
630 Welt übergeben, in der Wirtschaft, Umwelt und gute Arbeit zusammengehören. Wir sind dafür
631 bereit für ein entschiedenes Umsteuern. Wir setzen uns für eine weiter zusammenwachsende EU
632 ein, deren Politik sich an den globalen Zielen für Nachhaltige Entwicklung der 2030-Agenda
633 ausrichtet – in allen Bereichen und ressortübergreifend. Dazu gehört auch ein Mehrjähriger

634 Finanzrahmen, der in nachhaltige Entwicklung investiert und umweltschädliche Subventionen
635 abschafft.

636 Aber die Herausforderungen sind groß. Das Insektensterben, das wir alle wahrgenommen
637 haben, ist hierfür ein unmittelbar spürbares Beispiel. Es wurde in Deutschland wissenschaftlich
638 belegt und war ein weltweiter Weckruf. Zum Schutz der Insekten wollen wir über die
639 Gemeinsame Agrarpolitik ein Fördersystem schaffen, das Anreize für die Schaffung einer
640 strukturreichen Agrarlandschaft gibt, in der auch Vögel, Amphibien und andere Tiere und
641 Pflanzen wieder eine Heimat finden. Ein weiter so darf es nicht geben. Denn wo Biene und co.
642 verschwinden, wird es auch der Mensch schwer haben.

643 Wir setzen uns dafür ein, dass bei umweltrelevanten Gesetzgebungsverfahren alle betroffenen
644 Ressorts (Generaldirektionen, Ratsformationen und Ausschüsse) einbezogen werden müssen.
645 Über die umweltrelevanten Aspekte der Gemeinsamen Agrarpolitik müssen Umweltrat und
646 ENVI-Ausschuss federführend verhandeln.

647 Die Menschen müssen auf diesem Weg mitgenommen werden. Wir unterstützen eine
648 partizipative EU, welche die Vorgaben der Århus-Konvention zum freien Zugang zu
649 Umweltinformationen, eine frühzeitige Bürger- und Verbandsbeteiligung, sowie einen
650 ungehinderten Zugang zur Justiz vollständig umsetzt. So können tragfähige Entscheidungen
651 herbeigeführt und Planungskonflikte vermeiden werden.

652 Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung und ausreichende Finanzierung der EU-
653 Naturschutzrichtlinien und des Natura-2000-Netzwerks ein. Dazu gehören ausreichend
654 vernetzte und rechtlich abgesicherte Gebiete sowie fachlich abgesicherte Schutzziele,
655 Managementpläne und Zustandsberichte.

656 Ein Schlüsselfaktor ist dabei die Agrarpolitik. Wir setzen uns für eine naturverträgliche und
657 zukunftsfähige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein. Diese muss jegliche Vergabe öffentlicher
658 Gelder an konkrete gesellschaftliche Leistungen sowie an die Einhaltung anspruchsvoller
659 Umweltstandards und Tierschutzstandards knüpfen. Ziel der GAP muss die nachhaltige
660 Transformation von Landwirtschaft und Ernährung sein, weshalb pauschale Flächenprämien
661 durch Investitionen und Anreize zu ersetzen sind, die Betrieben ermöglichen umweltverträglich
662 und gleichzeitig ökonomisch zu wirtschaften. Gleichzeitig muss die GAP aktiv zum Erreichen der
663 Ziele der EU-Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung beitragen. Wir streben eine Förderung auf
664 Basis des Beitrags zur Gesellschaft und nicht auf Basis des Ertrags an, die Vereinheitlichung von
665 Siegeln, die volle Einbeziehung in den europäischen Emissionshandel sowie die Förderung von
666 Kaskadennutzung, z.B. Nutzung von Gülle für Biogas. Für uns ist klar: Direktzahlungen müssen
667 unbedingt gedeckelt und die Stärkung der zweiten Säule vorangetrieben werden.

668 Wir setzen uns für eine Reform der Pestizid-Zulassungsverfahren ein, in dem ökosystemare
669 Wirkungen stärker berücksichtigt werden. Zudem werden wir uns für ein Verbot schädlicher
670 Wirkstoffklassen wie zum Beispiel alle Neonicotinoide und Wirkstoffe mit einem ähnlichem
671 Wirkmechanismus einsetzen.

672 Wir setzen uns für ein engagiertes Vorgehen gegen die Vermüllung der Ozeane im Rahmen der
673 EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und der Aktionspläne der regionalen
674 Meeresschutzübereinkommen ein. Das Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung der
675 Plastikmüllinträge bis zum Jahr 2020 ist dabei nur über ambitionierte Maßnahmen der
676 Ressourcenschonung und Müllvermeidung, der Abfallbewirtschaftung und der ökologischen
677 Produktentwicklung und -substitution zu erreichen. Hierfür werden wir uns bei der
678 Ausgestaltung der EU-Plastikstrategie einsetzen.

679

680 **Für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der Kommunen** 681 **und der Bürger- und Menschenrechte**

682 Der Friedensnobelpreis für die Europäische Union war eine großartige Ehrung für das größte
683 Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte. Wir begreifen ihn aber zugleich als Auftrag für die
684 Zukunft und wollen dieser Verantwortung nachkommen.

685 Europa ist eine Friedensgemeinschaft und eine Friedensmacht. Wir wollen, dass Europa in einer
686 weltpolitisch schwierigen Zeit eine aktivere Rolle einnimmt. Dabei streben wir einen
687 grundlegenden Perspektivwechsel von einem sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu
688 einem friedenspolitischen Ansatz an: Die Europäische Union muss die Gesamtheit ihrer
689 Außenbeziehungen an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung
690 ausrichten und zu diesem Zweck eine entsprechende Strategie erarbeiten. Wir machen eine
691 präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der
692 europäischen Politik. Pfeiler dieser Politik sind die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung
693 der Agenda 2030, unter anderem das Ziel, friedliche, inklusive und stabile Gesellschaften zu
694 fördern. Konkreten Ausdruck sollte dies etwa auch darin finden, dass die Europäische Union ihre
695 Fähigkeiten der zivilen Konfliktlösung stärkt und dies finanziell und organisatorisch absichert.

696 Die Europäische Verteidigungsunion muss einer demokratischen und rechtsstaatlichen
697 Kontrolle unterliegen. Eine zukünftige europäische Armee – und in einem ersten Schritt die
698 „Armee der Europäer“ – muss eine Parlamentsarmee sein. Außerdem muss der militärische
699 Aspekt in den Rahmen einer strategischen Friedens- und Entwicklungspolitik eingebettet und
700 eng mit der europäischen gemeinsamen Außenpolitik verknüpft werden. Der Prozess hin zu
701 einer europäischen Armee muss gleichzeitig ein Prozess der Abrüstung sein. Wir sind gegen eine
702 europäische Interventionsarmee. Und für uns ist klar: Militärische Einsätze darf es unter keinen
703 Umständen ohne UN-Mandat geben.

704 Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben – erst recht anhand starrer Prozentsätze – lehnen
705 wir ab. Darin sehen wir keinen strategischen Ansatz zur Bewältigung der globalen Probleme. Die
706 durch eine Zusammenlegung der Verteidigungsleistungen freiwerdenden
707 Rationalisierungsressourcen müssen ausreichen. Es darf keine Umverteilung im Finanzrahmen
708 zugunsten von Rüstungs- und Militärausgaben geben. Bei der von uns befürworteten
709 ganzheitlichen Betrachtung muss es vielmehr darum gehen, ein schlüssiges und
710 durchfinanziertes Gesamtkonzept mit dem Vorrang des Politischen und Zivilen zu erarbeiten
711 und umzusetzen. Als wichtiger Schritt hierzu muss möglichst schnell eine der PESCO („Ständige
712 Strukturierte Zusammenarbeit“ im militärischen Bereich) vergleichbare Struktur im zivilen
713 Bereich verwirklicht werden. Außerdem muss auf dem Gebiet der Gemeinsamen Außen- und

714 Sicherheitspolitik anstelle des derzeitigen Einstimmigkeitsprinzips verstärkt mit Mehrheit
715 entschieden werden.

716 Zudem sollen gemeinsame Schritte zu einer nuklearen Abrüstung unternommen werden. Ziel
717 muss es sein, die Stationierung von Nuklearwaffen in ganz Europa und seiner Nachbarschaft zu
718 beenden.

719 Wir streben zudem ein hohes gemeinsames Niveau von Rüstungsexportbeschränkungen in der
720 Europäischen Union an. Rüstungsexportbeschränkungen dürfen nicht weiter ausgehebelt
721 werden! Die Rüstungsindustrie findet immer noch zu viele Schlupflöcher für eine Umgehung der
722 Beschränkungen. Alle Exporte von Rüstungsgütern einschließlich der Genehmigung von
723 Produktionslizenzen, des Betriebs von Rüstungsfabriken oder der Beteiligung an Joint Ventures
724 dürfen – über die bisherigen Beschränkungen hinaus – nur noch in Mitgliedstaaten der
725 Europäischen Union und in solche Staaten gestattet sein, bei denen der Verbleib der
726 Rüstungsgüter sichergestellt ist, in denen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie
727 gewahrt werden, die keine systematischen Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen
728 begehen und die nicht an völkerrechtswidrigen kriegerischen Konflikten beteiligt sind.

729 Das 2014 ins Leben gerufene Europäische Friedensinstitut (European Institute for Peace, EIP)
730 findet unsere volle Unterstützung. Wir streben für ganz Europa eine inklusive
731 Sicherheitsarchitektur an und treten deshalb für eine europäische Friedenskonferenz unter
732 Beteiligung der USA, Kanadas und Russlands ein. Darüber hinaus bekräftigen wir die weiterhin
733 herausragende Bedeutung der transatlantischen Beziehungen. Wir teilen mit den USA und mit
734 Kanada grundlegende Werte und gemeinsame Interessen. Zugleich sind wir davon überzeugt,
735 dass Europa selbstbewusster werden und eine stärkere, eigenständige internationale Rolle
736 einnehmen muss.

737 **Vielfältige Medien und unabhängiger Journalismus**

738 Wir setzen uns für eine vielfältige Medienlandschaft und für die Freiheit der Presse in Europa
739 und darüber hinaus ein. Pressefreiheit ist zentraler Bestandteil der Demokratie. Hierzu gehört
740 für uns die unabhängige und kritische Berichterstattung von Journalistinnen und Journalisten.
741 Neben privaten Medienangeboten ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk wichtiger Teil der
742 Medienvielfalt. Dieser muss die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln und den
743 verändernden Nutzungsverhalten anzupassen.

744 Der Nutzer- und Verbraucherschutz muss auch unter den Bedingungen der Digitalisierung
745 weiter gestärkt werden. Die Regulierung von Medienplattformen und Informations-
746 intermediären zählt hierzu. Bei der Entwicklung und beim Einsatz von Algorithmen werden wir
747 uns für internationale Ethik-Standards einsetzen.

748

749 **Entwicklungspolitik**

750 Wir treten für ein partnerschaftliches Verständnis der Entwicklungspolitik ein, das nicht Hilfe
751 „von oben herab“ verspricht, sondern sich an einer nachhaltigen internationalen
752 Zusammenarbeit auf Augenhöhe orientiert. Wir stehen für einen umfassenden Ansatz der
753 Entwicklungspolitik, der sich von der Katastrophen- und humanitären Hilfe über den
754 Wiederaufbau bis auf die langfristigen, strukturellen Ziele der Entwicklungszusammenarbeit
755 erstreckt. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten finanzieren mehr als die Hälfte der
756 weltweiten Entwicklungszusammenarbeit – das eröffnet enorme Möglichkeiten, auf die globale
757 Entwicklung Einfluss zu nehmen, bedeutet aber auch große Verantwortung. Unser Ziel ist eine
758 nachhaltige europäische Entwicklungspolitik: Eine solche Politik berücksichtigt den Schutz der
759 universellen Menschenrechte, soziale und ökologische Standards und die Normen der
760 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), achtet auf gute Regierungsführung und die
761 Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Sie berücksichtigt traditionelle Landrechte und fördert eine
762 regionale Versorgung mit Agrargütern auf der Basis von Kleinbauern und Kooperativen. Sie
763 fördert Frauen – etwa auch über die Vergabe von Mikrokrediten –, schützt die Kinderrechte
764 sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRHR). Sie fördert nationale Systeme
765 der Daseinsvorsorge einschließlich des Bildungswesens sowie den Handel. Wir werden
766 verhindern, dass europäische Handelspolitik europäische Entwicklungspolitik konterkariert.

767 Der Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern werden wir entgegentreten. Vielmehr muss das Ziel
768 sein, die Staaten zu einer eigenständigen Entwicklung zu befähigen. Durch eine Verlagerung der
769 Wertschöpfungskette in die Ursprungsländer von Rohstoffen werden regionale
770 Wirtschaftsräume gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen. Keinesfalls dürfen Entwicklungsgelder
771 für sicherheitspolitische Zwecke umgewidmet werden. Zudem darf Entwicklungshilfe nicht mit
772 der Eindämmung von Migration verknüpft werden, sondern muss sich am Bedarf und an den
773 Kriterien einer nachhaltigen Entwicklungspolitik orientieren. Daher darf es auch keine
774 Umschichtung von Mitteln zur Grenzsicherung geben.

775 Wir wenden uns gegen jede indirekte Unterstützung autoritärer Regime (z.B. in Afrika). Das gilt
776 auch für die geplanten sogenannten „Ausschiffszentren“ in Nordafrika. Der alleinige Maßstab
777 muss auch hier die Einhaltung der Menschenrechte sein.

778 Wir treten für ein gesondertes Seenotrettungsprogramm der EU ein.

779 **Für ein geeintes Europa**

780 Die Europäische Union ist auf die Einigung des gesamten Kontinents angelegt. Unsere Vision
781 sind die Vereinigten Staaten von Europa. Dieser Überzeugung folgend unterstützen wir
782 grundsätzlich die Aufnahme weiterer europäischer Staaten in die Union - solange diese unsere

783 Werte respektieren und teilen und die übrigen Bedingungen für eine Aufnahme in die
784 Gemeinschaft erfüllen. Zukünftige Beitritte sollten aufgrund klarer Bedingungen, ob die
785 vereinbarten Kriterien eingehalten oder nicht eingehalten werden, nach dem Grundsatz
786 Belohnen & Sanktionen (bei Nichteinhalten nach dem Beitritt) erfolgen.

787 Angesichts der zahlreichen Konflikte, Unsicherheiten und sich offenbarenden Schwachstellen
788 innerhalb der Union spielt die Erweiterungspolitik der EU für uns aber vorerst keine
789 übergeordnete Rolle.

790 Es wäre allerdings ein Fehler, die Beitrittsverhandlungen und die damit verbundenen
791 Reformimpulse in den Beitrittsstaaten angesichts der aktuell rauen Wetterlage innerhalb der EU
792 einzustellen. Ein solcher Schritt hätte vor unserer Haustür Konsequenzen von nicht absehbarem
793 Ausmaß, vor allem in Regionen, in denen noch in den 90er Jahren Kriege tobten und die bis
794 heute von inneren Spannungen geprägt sind.

795 Deshalb setzen wir uns für eine realistische und am tatsächlichen Fortschritt innerhalb der
796 Beitrittsstaaten orientierte Fortführung der Beitrittsverhandlungen ein. Es gilt, die pro-
797 europäischen, reformwilligen Kräfte in den Beitrittsstaaten nicht als Partner zu verlieren, und
798 einem Wiederaufflammen innereuropäischer Konflikte, vor allem auf dem Westbalkan, durch
799 die Perspektive der EU-Mitgliedschaft weiter entgegenzuwirken. Wir begrüßen deshalb, dass
800 mit Albanien und Mazedonien Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen, und
801 unterstützen diese Länder bei dem notwendigen weiteren Reformprozess.

802 Die Entwicklungen der letzten Jahre in der Türkei verfolgen wir mit großer Sorge. Während die
803 Beitrittsverhandlungen mit anderen potentiellen EU-Mitgliedern schleppend vorankommen, ist
804 in der Türkei in vielen Bereichen überhaupt kein Fortschritt zu erkennen. In besonders
805 sensiblen Bereichen wie Pressefreiheit, Schutz von Minderheiten und Rechtsstaatlichkeit sind
806 die Rückschritte unübersehbar.

807 Die aktuelle Führung der Türkei hat ihren EU-Reformeffort beinahe vollends eingestellt. Mit
808 dieser Regierung und ohne einen grundlegenden Neustart und überzeugende Initiativen halten
809 wir deshalb eine EU-Mitgliedschaft der Türkei für ausgeschlossen. Die Verantwortung, eine
810 glaubhafte europäische Perspektive für die Türkei wiederherzustellen, liegt momentan bei der
811 türkischen Regierung. Sollten keine ernstzunehmenden Signale in diese Richtung kommen,
812 sehen wir keine Alternative dazu, die Beitrittsverhandlungen und die damit einhergehenden
813 Unterstützungszahlungen einzustellen. Wir stehen jedoch an der Seite der türkischen
814 Bevölkerung, die selbst unter den aktuellen Verhältnissen am meisten leidet. Die Türkei gehört
815 untrennbar zu Europa. Wir schlagen daher die Tür nicht endgültig zu. Wenn sich die politischen

816 Verhältnisse in der Türkei nachhaltig ändern, wird auch wieder eine Beitrittsperspektive
817 möglich sein.

818 Darüber hinaus werden wir in der Türkei, in Russland und in anderen autoritär regierten
819 Staaten verstärkt die dortigen demokratischen Bewegungen unterstützen. Die Antwort auf die
820 Konflikte in der Welt und auf nationale und populistische Orientierungen mancher Weltmächte
821 wie „America first“ kann nur sein: „Europe United“!

822 **Strukturen weiter demokratisieren**

823 Wir wollen die demokratischen Strukturen der EU weiter stärken und die Menschen neu für
824 Demokratie und Europäische Union begeistern. Ein Beitrag dazu sollte die Debatte in und mit
825 allen Parteigliederungen über eine europäische Verfassung sein.

826 Das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte Institution muss weiter gestärkt werden.
827 Dazu gehören ein Initiativrecht für Gesetze ebenso wie ein weiterer Ausbau der
828 Haushaltsbefugnisse. Das Prinzip der Spitzenkandidaten muss fester Bestandteil aller
829 Europawahlen sein; das Parlament wählt dann den Präsidenten der Europäischen Kommission.
830 Die Europäische Kommission selbst muss als vom Rat unabhängige Institution gestärkt und die
831 Zahl der Kommissare verkleinert werden.

832 Das Europäische Parlament als einer der beiden Gesetzgeber arbeitet bereits sehr viel
833 transparenter als viele nationale Parlamente. So werden die Sitzungen des Plenums und der
834 Ausschüsse gestreamt und sind für alle Bürger*innen in ihren jeweiligen Sprachen verfügbar.
835 Vergleichsweise wenig transparent ist die Arbeit des Rates. Das gilt für deren Sitzungen als auch
836 für die offene Debatte zu Positionen der einzelnen nationalen Regierungen. Um Entscheidungen
837 der Europäischen Ebene transparenter zu machen brauchen wir in Parteien, Zivilgesellschaft
838 und Medien mehr Debatten und Berichte über Europäische Positionierungen des europäischen
839 Parlamentes, aber auch der nationalen Parlamente und der Regierungen.

840 **Bürgernähe stärken, Kommunen stärken**

841 Demokratisch legitimierte Institutionen sind ebenso wie unabhängige zivilgesellschaftliche
842 Strukturen und eine aktive Debattenkultur Grundlagen demokratischer Gesellschaften. Als
843 direkter Lebens- und Erfahrungsraum der Menschen kommt den Kommunen hier eine
844 besondere Bedeutung zu, ihre Europafähigkeit wollen wir weiter stärken. Wir wollen auch
845 erreichen, dass sich Kommunen und Bürger aktiver in die Konsultationsverfahren der
846 Kommission zu neuen Vorhaben einbringen.

847 Die Einbindung der Kommunen in Europäische Entscheidungsprozesse muss dabei nicht nur
848 über den Ausschuss der Regionen erfolgen. Grundlegend wichtig sind nationale Strukturen, die
849 Kommunen und Regionen schon hier in politische Positionierungen einbinden. Eine wichtige

850 Rolle spielt hierbei auch die Verbesserung kommunaler Vernetzung und stärkere Möglichkeiten
851 kommunaler Kooperationen auch über Landes- und Staatengrenzen hinweg. In diesem
852 Zusammenhang ist das Thema Daseinsvorsorge für uns von besonderer Bedeutung; die
853 Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, dass auch Wohnen Teil der Daseinsvorsorge sein
854 muss. Vor Ort, national und europäische muss die kommunale Daseinsvorsorge garantiert
855 werden.

856 Begegnung und Debatten vor Ort sind wichtig. Unverzichtbar sind aber auch Europäische
857 Begegnungen. Daher wollen wir die Mittel für Städtepartnerschaften aufstocken, den Aufbau
858 thematischer Netzwerke fördern und dabei besonderes Augenmerk auf direkten Austausch von
859 Menschen legen.

860 **Kommunalen Handlungsspielraum wahren und ausbauen**

861 Wir wollen, dass in der Binnenmarkt- und in der internationalen Handelspolitik den Belangen
862 der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Daseinsvorsorge ausreichend
863 Rechnung getragen wird. Das ist bisher nicht der Fall.

864 Das europäische Beihilfe- und Vergaberecht hat in den letzten Jahren im Zuge der Ausweitung
865 des Binnenmarktes den kommunalen Handlungsspielraum in der Daseinsvorsorge zunehmend
866 eingeschränkt. Insbesondere die Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen durch die
867 Stadtwerke und auch der kommunale Querverbund sind erschwert worden. Das
868 Spannungsverhältnis zwischen kommunaler Selbstverwaltung und Binnenmarkt hat sich zu
869 Ungunsten der kommunalen Selbstverwaltung entwickelt. Auch hier wollen wir die
870 überschießende Binnenmarktpolitik eindämmen.

871 Die in den Vertrag von Lissabon eingefügte Achtung der kommunalen Selbstverwaltung hat sich
872 bislang in der europäischen Gesetzgebung nur wenig niedergeschlagen. Wir setzen uns dafür
873 ein, dass in Zukunft der Vertrag von Lissabon in dieser Hinsicht besser umgesetzt wird und in
874 der EU-Gesetzgebung und beim Verwaltungshandeln der EU die Belange der kommunalen
875 Selbstverwaltung besser berücksichtigt werden.

876 **Bürger- und Menschenrechte verteidigen**

877 Die Europäische Charta der Grundrechte ist unser Kompass bei allen Überlegungen zu Bürger-
878 und Menschenrechten. Wir stehen für die dort formulierten Standards ein und verteidigen sie
879 gegen Einschränkungen und Relativierungen aller Art. Sowohl innereuropäisch als auch im
880 globalen Kontext machen wir klar: Europa ist der Kontinent der Menschenrechte. Darauf sind
881 wir stolz, das ist für uns nicht verhandelbar und das schlägt sich auch in konkretem politischem
882 Handeln nieder. Neben einer koordinierten europäischen Menschenrechtspolitik werden wir ein
883 gemeinsames europäisches Asylsystem vorantreiben, ein Europäisches Einwanderungsrecht

884 beschließen und dafür sorgen, dass Europa Kommunen bei den Kosten von Migration und
885 Integration unterstützt. Wir setzen uns dafür ein, dass die für den EU-Beitritt zu erfüllenden
886 Kopenhagen-Kriterien, unter anderem zum Schutz ethnischer Minderheiten, in Zukunft auch in
887 vollem Umfang für Mitgliedsländer gelten und durchgesetzt werden. Verstöße seitens der
888 Mitgliedstaaten gegen Prinzipien der Demokratie, der Gewaltenteilung und der
889 Rechtsstaatlichkeit müssen härter geahndet werden. Wir fordern einen Sanktionsmechanismus,
890 bei dem der Europäische Gerichtshof unmittelbar tätig wird, wenn zwei Drittel der Mitglieder
891 des Europäischen Rates oder die Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments ihn dazu
892 auffordern. Der Gerichtshof wird die Einhaltung dieser Prinzipien in einem Mitgliedstaat
893 überprüfen und bei Bedarf Sanktionen verhängen.

894 Zudem werden wir das Thema Inklusion stärker auf die europäische Tagesordnung setzen, die
895 entsprechenden nationalen Pläne diskutieren, eine europäische Agenda entwickeln und einen
896 gemeinsamen europäischen Aktionsplan für Inklusion erarbeiten.

897 **Gleichstellungsrechte europaweit durchsetzen!**

898 Eine längere Zeit lang war die EU Treiber einer fortschrittlichen Frauen- und
899 Gleichstellungspolitik. Bereits 1957 wurde das Ziel gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
900 aufgenommen, im Amsterdamer Vertrag wurde 1997/99 Gleichstellung als Querschnittsaufgabe
901 festgeschrieben. Doch seit Verlust der linken Mehrheit im Europäischen Parlament durch die
902 Europawahl 2004 und im Zuge einer immer stärker rechten und nationalistischen Ausrichtung
903 in mehreren Ländern der EU geraten europaweit die Rechte von Frauen immer mehr unter
904 Druck oder werden ausgebremst.

905 Die Europäische Union wird häufig als Wirtschaftsgemeinschaft wahrgenommen, doch sie ist
906 zuallererst eine Wertegemeinschaft. Dies zeigt sich im Artikel 2 des Vertrags von Lissabon: „Ziel
907 der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“ In
908 Artikel 1a des Lissabonner Vertrags sind diese Werte festgelegt. Neben der Achtung der
909 Menschenwürde gehören hierzu die Gleichheit und die Wahrung der Menschenrechte
910 einschließlich der Personen, die Minderheiten angehören. Genau darauf bauen wir die
911 Forderung nach der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf.

912 Wir stehen vor der Herausforderung mit Gegenwind umzugehen und vor der Frage, wie die EU
913 den Wert der Gleichstellung derzeit umsetzt.

914 **Die wirtschaftliche Unabhängigkeit zwischen den Geschlechtern**

915 Die Forderung nach Lohngleichheit ist eines der zentralen Themen der EU. Doch in der Realität
916 ist die Problemlage gleichgeblieben. Die Lohnungleichheit besteht weiterhin oft aufgrund
917 stereotyper Rollenverteilungen in der Familie, durch unbezahlte Care Arbeit und durch
918 unzureichende Transparenz von Unternehmen. Die Lohnlücke trägt zur Festigung von

919 hierarchischer Verantwortungsteilung in Partner*innenschaften bei und führt zu längeren
920 Erwerbsunterbrechungen bei Frauen.

921 Wir fordern präventive Maßnahmen, die über den Anspruch an neue Gesetzgebung
922 hinausgehen. Rollenbilder müssen aufgebrochen werden und Frauen müssen die Chance
923 erhalten, die Forderung nach Lohngleichheit vor dem Arbeitgeber wirksam durchsetzen zu
924 können. Zudem muss die Care Arbeit mehr anerkannt werden und als solche auch aufgewertet
925 werden, sodass einer Frau dadurch keine Nachteile entstehen. Maßnahmen für eine
926 Armutsvermeidung und eine Segregation am Arbeitsmarkt müssen ergriffen werden.

927 Gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen

928 Noch immer sind Frauen in allen Parlamenten deutlich unterrepräsentiert. Frauen machen die
929 Hälfte der Gesellschaft aus, doch sind als solche nicht in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Dies ist
930 ein großes Problem für unsere Demokratie. Frauen müssen in Entscheidungsprozesse
931 einbezogen werden und der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Politik und der
932 Wirtschaft muss deutlich erhöht werden. Hierzu gehört auch die Durchsetzung der
933 Geschlechterquote von 40% der Aufsichtsratsmitglieder bzw. der nicht geschäftsführenden
934 Direktorinnen in börsenorientierten Unternehmen. Seit 2013 liegt hierzu eine entsprechende
935 Richtlinie dem Europäischen Rat vor. Doch konnten sich die Mitgliedstaaten hierauf noch nicht
936 verständigen. Auch das Bundeskanzleramt hat diese Richtlinie für Deutschland blockiert. Es ist
937 höchste Zeit, diese Blockade aufzugeben und einer Einigung im Rat zuzustimmen.

938 Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt

939 Gewalt gegen Frauen und Mädchen zieht sich durch alle Lebenslagen und ist kein Einzelfall. Jede
940 vierte Frau in Europa ist schon einmal Opfer geschlechtsbezogener Gewalt geworden. Dazu
941 gehören Vergewaltigung, Menschenhandel, Stalking, Häuslicher Missbrauch,
942 Genitalverstümmelung sowie sexuelle Nötigung und Belästigung.

943 Die EU braucht wirksame Strategien zur Prävention, Verhütung von Gewalt, genauso wie
944 Maßnahmen zur Bewältigung von Gewalterfahrungen und Anlaufstellen, die niedrigschwellige
945 Angebote leisten können.

946 Die EU muss auch gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel gemeinsam vorgehen. Viele
947 Süd- und Osteuropäerinnen aber auch viele Frauen mit Migrationshintergrund vor allem aus
948 Afrika werden unter falschen Versprechungen in westeuropäische Länder gebracht und zur
949 Prostitution gezwungen. Es ist höchste Zeit für ein europaweites gemeinsames Vorgehen für den
950 Schutz von Prostituierten und die Bestrafung und Eindämmung von Menschenhandel. Hierzu
951 gehören Maßnahmen zu Beratung und Gesundheitsversorgung von Prostituierten, Schutz und
952 eigenständiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen, die der Zwangsprostitution entkommen, in
953 allen EU-Staaten sowie Strafmaßnahmen gegenüber Menschenhändlern.

954 **Beachtung der Intersektionalität**

955 Wenn Frauen aus mehreren Gründen diskriminiert werden, handelt es sich um eine
956 Mehrfachdiskriminierung. Wenn sie also neben der Diskriminierung wegen ihres Geschlechts
957 auch wegen ihrer ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuellen
958 Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert werden. Intersektionalität
959 umschreibt diesen Zusammenhang zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen.

960 Die EU kennt viele Vorschriften, die ausdrücklich eine dieser Formen verbieten und Maßnahmen
961 dagegen anzugehen. Hier fehlt es allerdings noch an dem Weitblick die Zusammenhänge richtig
962 zu reflektieren und diese auch zu bekämpfen und so Mehrfachdiskriminierungen direkt zu
963 adressieren.

964 Die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie muss endlich angenommen werden, um ein einheitliches
965 Schutzniveau gegen Diskriminierungen auf Grund von Geschlecht, Ethnizität, Religion oder
966 Weltanschauung, sexueller Orientierung, Behinderung oder Alter auf EU-Ebene zu schaffen.
967 Auch hier hat die deutsche Bundesregierung leider noch nicht für die Richtlinie ausgesprochen.

968 **Ein Europa für alle: Wir sind eine Integrationsgesellschaft**

969 Die SPD ist Europa- und internationalistische Partei und orientiert sich an ihren Werten Freiheit,
970 Gerechtigkeit und Solidarität. Das gilt für gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort ebenso wie
971 für unser globales Handeln. Ob Außen, Handels- oder Agrarpolitik: unser Handeln muss uns
972 nutzen, darf aber nicht Ursache werden für Unsicherheit und Perspektivlosigkeit in anderen
973 Regionen, oft mit der Folge steigender Migrationszahlen.

974 Migration ist kein neues Thema. Schon immer haben sich Menschen aus unterschiedlichsten
975 Gründen auf den Weg gemacht um neue Welten zu entdecken oder schlicht Arbeit und neue
976 Lebensperspektiven zu finden. Deutschland hat wie andere europäische Staaten auch in der
977 Vergangenheit Menschen aus vielen Ländern aufgenommen und trotz mancher Fehler meist
978 eben auch integriert.

979 Wir stehen nach wie vor zu vielfältigen und offenen Gesellschaften. Zuwanderung war und ist
980 neben allen Anstrengungen für Migrantinnen und Aufnahmegesellschaft immer auch kultureller
981 und wirtschaftlicher Gewinn. Doch Migration braucht gerade in Zeiten steigender Mobilität
982 jenseits unserer globalen Verantwortung auch klare Regeln.

983 Arbeitsmigration. Nicht nur Deutschland ist immer wieder auch auf Zuwanderung angewiesen.
984 Und das nicht nur für wenige akademische Berufe. Wir brauchen in Europa ein klares
985 Einwanderungsrecht einschl. Zugang zu Informationen bereits in Herkunftsländern über jeweils
986 aktuelle Bedarfe. IT-, Bau- oder Pflegeberufe – zusätzlich benötigte Arbeitskräfte können auch
987 aus afrikanischen Ländern kommen. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie ggf.

988 ergänzende Qualifizierungen sind wichtige Elemente der Arbeitsmigration. Umgekehrt müssen
989 Herkunftsländer ihre Bürger, die bei uns keine ausreichende Beschäftigung finden, zügig wieder
990 aufnehmen.

991

992 Asyl. Neben einer gerechten Handels-, Außen- und Entwicklungspolitik brauchen wir eine
993 Sicherheitspolitik die wieder stärker an Verständigung, Diplomatie, Konfliktvermeidung
994 bzw. -beseitigung, Stärkung von Demokratie. Militärische Interventionen haben bisher
995 nirgendwo Frieden und Demokratie gesichert.

996 Unabhängig hiervon stehen wir zu unseren humanen und internationalen Verpflichtungen.
997 Wir wollen Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, unterstützen. Das kann stärkere
998 auch finanzielle Zusammenarbeit mit dem UNHCR sein zur Unterstützung von Menschen in
999 Drittstaaten.

1000 Es bedeutet aber auch die Aufnahme und Integration von Menschen bei uns. EU und
1001 Mitgliedstaaten müssen ihre Kapazitäten zur Bearbeitung von Asylanträgen stärken. Asylrecht,
1002 also Schutz von Menschen, ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Dies kann nicht allein auf
1003 diejenigen Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb sind bei der Reform der
1004 sog. Dublin-Verordnung Regeln zur Verteilung ankommender Menschen (relocation) – wie auch
1005 von Europäische. Parlament gefordert – unverzichtbar. Um das Sterben auf der Flucht zu
1006 beenden brauchen wir ergänzend stärkere legale Einreisemöglichkeiten wie humanitäre Visa
1007 oder Resettlement (direkte Aufnahme z.B. aus Lagern des UNHCR). Für die Integration sind
1008 Sprachkenntnisse unverzichtbar. Dazu braucht es Zugang zu Bildung und Ausbildung. Wer eine
1009 Ausbildung begonnen hat muss diese unabhängig von Aufenthaltsstatus beenden können,
1010 einschließlich zwei Jahren Berufspraxis.